D-3 Wirkungsvollen Klimaschutz auch durch eine kraftvolle Energiewende fortsetzen

Antragsteller*in: Ukrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Jutta Paulus (KV Neustadt a.d.W.), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Kerstin Ramm (KV Mainz), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Thomas Pensel (KV Mainz), Dr. Thomas Griese (KV Aachen), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Christian Vierring (KV Mainz), Götz von Stumpfeldt (KV Mainz), Tabea Roeßner (KV Mainz), Uli Bock (KV Mayen-Koblenz), Theresia Utters (KV Vulkaneifel) Benjamin Buddendick (KV Koblenz), Jennifer Werthwein (KV Ludwigshafen), Wolfgang Schlagwein (KV Ahrweiler), Regine Wilke (KV Neuwied), Martin Schykowski (KV Mainz), Thorsten Lange (KV Mainz), Erwin Manz (KV Bad Kreuznach) , Elias Weinacht (KV Rheinpfalz), Catrin Müller (KV Bernkastel-Wittlich), Lukas Hartmann (KV Landau), Andreas Hartenfels (KV Kusel))

Tagesordnungspunkt: 5. Verschiedenes

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zeigt deutlich: Die Bundesregierung hat kein Interesse mehr daran, der Energiewende neuen Schwung zu verleihen oder den klimapolitischen Verpflichtungen Deutschlands nachzukommen. Statt eines klaren Kurses in der Energiepolitik verliert sich die GroKo im Klein-Klein und bremst die Erneuerbaren Energien aus. Damit werden nicht nur die Klimaschutzziele Deutschlands unterlaufen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung eines gesamten Wirtschaftszweiges. Schon heute hat die Branche der Erneuerbaren Energien viele Arbeitsplätze, von der Industrie bis zum Handwerk, geschaffen. Nicht nur die Gesundheit und die intakte Umwelt der kommenden Generationen wird aufs Spiel gesetzt, sondern auch die Wirtschaftskraft Deutschlands, die von den direkten Folgeschäden massiv bedroht wird. Doch statt Planungssicherheit kommt von der Bundesregierung seit Jahren nur ein Unsicherheit schaffendes Vor und Zurück, das die Energiewende verhindert und damit Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz und in ganz Deutschland gefährdet.

Vor wenigen Monaten traf sich die internationale Staatengemeinschaft in Paris und hat sich auf ambitionierte Klimaschutzziele verständigt. Auch die Bundesregierung hat sich dort zu diesen Zielen bekannt.

Bund und Länder stehen daher vor der großen Herausforderung, dieses Bekenntnis in konkrete Maßnahmen zu übersetzen. Ein wesentlicher Baustein muss die kraftvolle Fortsetzung der Energiewende sein. Wir brauchen auch in den nächsten Jahren einen weiteren deutlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zudem gilt es, die Energiewende im Wärmesektor und im Verkehrsbereich zu forcieren und alle drei Bereiche stärker miteinander zu vernetzen.

In Rheinland-Pfalz haben wir in den vergangenen fünf Jahren viel getan. Wir Grüne haben einen großen Anteil daran, dass die installierte Leistung der Erneuerbaren Energien seit 2011 verdoppelt wurde. Wir haben exemplarisch in der Eifel aufgezeigt, wie man in einer Region die Energiewende ganzheitlich erfolgreich weiterentwickeln kann. Zudem haben wir landesweit mehrere vielversprechende Speicherprojekte angeschoben. Aber dies kann nur ein Auftakt sein. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte in den nächsten fünf Jahren

fortschreiben. Neben der Weiterentwicklung des Stromsektors ist die Wärmewende unser nächstes zentrales Klimaschutz- und Energiewendeprojekt. Hier gilt es die richtigen Impulse zu geben.

Auch auf Bundesebene haben wir uns als rheinland-pfälzische Grüne immer für zukunftsorientierte Rahmenbedingungen eingesetzt und die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Energiewende eingefordert. Am 27.11.2015 haben die Länder Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz eine Entschließung hinsichtlich der Stärkung der Stromerzeugung aus Bioenergie im künftigen EEG eingebracht. Hierin erkennen die Länder an, dass Bioenergie wesentlich zu einer verlässlichen, flexiblen und bedarfsgerechten Stromproduktion beitragen kann. Vor allem Biogas kann die Schwankungen ausgleichen, die durch die Stromerzeugung mit Wind und Sonne auftreten.

Diese Entschließung wurde mittlerweile mit großer Mehrheit im Bundesratgefasst.

Gemeinsam mit anderen grünen Regierungen haben wir uns konstruktiv am Gesetzgebungsprozess beteiligt, trotz unserer grundsätzlichen Kritik an der Politik der Bundesregierung: viel zu zögerlicher Umstieg auf regenerative Energien, mangelndes Bekenntnis zum Kohleausstieg, fehlende Anstrengungen, endlich die fossilen Abhängigkeiten im Wärme- und Verkehrsbereich anzugehen.

Auch wenn die Widerstände an einigen Stellen zunehmen, werden wir Grüne die Stimme der Energievernunft bleiben. Statt eines Stillstandes oder einer Verlangsamung beim Ausbau Erneuerbarer Energien, wie er derzeit auf Bundesebene von der Bundesregierung gewollt wird, brauchen wir neue Impulse für einen Energiemix aus Wind, Sonne und Biogas. Statt einer Konzentration der Erneuerbaren auf hoher See oder in Küstennähe brauchen wir die Erneuerbaren als dezentrales, regionales und bürgernahes Klimaschutzprojekt.

Wir Grüne setzen uns weiterhin dafür ein,

- dass auf Bundesebene ein wirkungsvolles EEG verabschiedet wird, mit dem ein effektiver Zubau Erneuerbarer Energien auch in Rheinland-Pfalz ermöglicht wird
- dass im EEG kein Deckel für die Erneuerbaren Energien festgeschrieben wird, sondern Mindestziele gesetzt werden
- dass die De-Minimis-Regelung der EU-Leitlinien voll ausgeschöpft und Windparks bis zu einer Größe von 18 MW von den Ausschreibungen ausgenommen werden
- dass es keine Abgabe auf Eigenstromerzeugung gibt und das Grünstromprivileg wieder eingeführt wird
- dass keine Projekte durch eine plötzliche negative Veränderung der Vergütung gefährdet und somit unplanbar werden;
- dass Anreize für einen dezentralen, lastnahen Zubau erneuerbarer Stromkapazitäten gesetzt werden
- dass der Ausstieg aus der schmutzigen Kohle möglichst schnell vollzogen wird
- dass bundespolitische Impulse für einen Ausbau Erneuerbarer Energien im Wärmebereich sowie geeignete Unterstützung bei der Gebäudesanierung gesetzt werden;

dass landespolitisch die Weichen weiter für die Einleitung der Wärmewende und einen Zubau an Erneuerbaren Energien im Strombereich gestellt wird

- dass aufgezeigt wird, welche Potenziale in einer ambitionierten Wärmewende stecken und welche Instrumente dafür notwendig sind
- Die Bioenergie als Instrument für Speicherung und Regelung von Energie und in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu nutzen.

Begründung der Dringlichkeit: am 12.5.2015 gab es eine Konferenz der MinisterpräsidentInnen der Länder mit der Bundeskanzlerin zum Thema Novelle des EEGs. Diese blieb ohne Ergebnis. Somit wird weiter verhandelt zwischen dem Bund und den Ländern und wir GRÜNE können unsere Position nochmals deutlich machen. Die nächste Verhandlungsrunde zwischen Bund und Ländern ist Ende Mai. Der 12.5. war nach dem Antragsschluss.

Begründung

erfolgt mündlich